

Kein Pressedienst - Nur zur Information

09/2008

September

Zusammengefasste Meldungen aus: Daily/Sunday News (DN), The Guardian, Sunday Observer, ITV Habari, Nipashe, The Citizen, ThisDay, Arusha Times, Msema Kweli, The East African, Uhuru na Amani (Zeitschrift der ELCT), UN Integrated Regional Information Networks (IRIN) und anderen Zeitungen und Internet Nachrichtendiensten in unregelmäßiger Auswahl

Wechselkurs vom 26.08.2008 (Interbankrate) für 1,-- € 1.695/-- TSh (<http://www.oanda.com/cgi-bin/travel>)

Ende des Versuchs, Dar-es-Salaams Wasserversorgung zu privatisieren Seite 2
Zur Privatisierung; Beendigung des Vertrags; Gerichtsurteile; Reaktionen

Tansania und Kenia Seite 2
Beitrag zur Konfliktlösung; Export und Import; Behinderung des Imports nach Kenia; Kenia warnt vor muslimischem Terroristen

Äußerungen zur Einführung eines Kadi-Gerichts Seite 3

Zum Mindestlohn staatlicher Angestellter; Streikdrohung, Streik am MNH Seite 4
Regierung und Tucta einigen sich; TTU schließt sich Tucta an; Drohungen; vorläufig kein Streik des Tucta; Ultimatum des TTU; Medizinalassistenten streiken

Stadtentwicklung, Stadtprobleme; Stadtleben Seite 5
Bevölkerungswachstum; Satellitenstädte; zum Bauwesen; Luxusgebäude; Mitumba verdrängen Handwerk; Straßenhändler; Gemüse aus Dar; Stadttourismus; Räumung

Zum Verkehr in Dar-es-Salaam Seite 6
Kleinbusse; zum Drei-Spuren-System; zu alternativen Angeboten; Bustransport für Schulkinder; 7-12-jährige Kinder äußern sich zum Busfahren

Probleme vieler Kinder, Versuche, ihnen zu helfen Seite 7
Vorzeitige Verheiratung; Missbrauch von Kindern; Kinder und Rauchen; auf der Straße lebende Kinder; Menschenhandel; Kinderarbeit; Kinder als Bettler

Probleme, Unterstützung, Selbsthilfe, Bitten der Alten Seite 9

Zum Glauben an Zauberei Seite 10
Begebenheiten; Kampf gegen von Aberglaube geleiteten Praktiken; Zahlen; *Albino-Tag* der *Tanzania Albino-Society*; Kommentare

Probleme und Leben der Hadzabe, eines Jäger- und Sammlervolkes Seite 11
Doch kein Jagdgebiet; Bergbaupläne; Forum zum Schutz; Hunger droht; Wundermittel

Zu abonnieren beim Herausgeber, kostenlos, Spende erbeten auf das unten angegebene Konto

Herausgeber: Referat Afrika
Redaktion: Eva Caspary
Internet: www.tanzania-information.de

Postfach 68, **91561 Neuendettelsau**, Ruf: 09874/91302
Ev. Kreditgenossenschaft eG, Kto.-Nr. 10 11 111 (BLZ 52060410)
Mission EineWelt: <http://www.mission-einewelt.de>
eMail: africa@mission-einewelt.de

Ende des Versuchs, die Wasserversorgung Dar-es-Salaams zu privatisieren

Zur Privatisierung: <Siehe 8/05 S. 2> Die Regierung erhielt von *Weltbank*, *African Development Bank* und *European Investment Bank* 140 Mio. US\$ für Reparatur, Verbesserung und Ausbau der Dar-es-Salaamer Wasserversorgung, vorausgesetzt, sie übergibt Wasserver- und Abwasserentsorgung einer privaten Firma. Die Weltbank drängte die Regierung zu einem Abkommen mit *Biwater Gauff Tanzania Ltd.* (BGT), einem Konsortium des privaten britischen Wasserversorgungsunternehmens *Biwater*, des deutschen Unternehmens *Gauff* und einer tansanischen Gesellschaft.

2003 privatisierte die tansanische Regierung die Wasserver- und Abwasserentsorgung Dar-es-Salaams und schloss einen Zehnjahresvertrag mit der *City Water Services Ltd.* (CWS), einer Tochtergesellschaft der BGT.

*

Beendigung des Vertrags: Schon nach zwei Jahren wurde der Vertrag gekündigt, weil die Firma nicht einmal die Hälfte dessen, was vereinbart war, investiert habe. Die Wasserversorgung Dar-es-Salaams sei nicht besser sondern schlechter geworden. Die CWS schulde der *Dar-es-Salaam Water and Sewage Authority* (Dawasa) 3,6mrd/- TSh. Vereinbart habe man die Verlegung von Wasserrohren in einer Länge von 1.000 km; tatsächlich seien nur 10 km verlegt worden.

*

Gerichtsurteile: Am 31.12.07 entschied in London ein internationales Schiedsgericht, wegen der Verletzung des Vertrags durch die CWS stünden der Dawasa für Schäden und Kosten Kompensation in Höhe von 15,8mrd/- TSh zu.

Die Klage der *BGT* war beim *International Centre for the Settlement of Investment Disputes* weiterhin anhängig. Die Verhandlung fand unter strikter Geheimhaltung in Den Haag (Niederlande) statt. Ende Juli gewann die tansanische Regierung auch in dieser Klage. BGT muss ihr 20 Mio. US\$ Entschädigung plus Gerichts- und andere Kosten erstatten. Aber die Aussichten sind gering, dass sie die gesamte Summe aufbringen kann. Der Verteidiger der Regierung sagte, die *Weltbank* müsse die Kosten übernehmen. Das Ganze gehe auf ihre Anordnung zurück. Es sei nur fair, dass sie bezahle.

*

Reaktionen: Die Privatisierung der Wasserversorgung wurde Tansania von IWF und *Weltbank* aufgezwungen als Gegenleistung für Unterstützung, Schuldenerlass und günstige Kredite. Die Organisation *World Development Movement* kämpft seit Jahren dagegen, dass Hilfgelder dafür verwendet werden, eine Politik der Privatisierung der Wasserversorgung durchzusetzen. Sie verfolgte diesen Fall aufmerksam. Der Direktor des *World Development Movement* sagte: "Dies ist ein guter Tag für das Volk Tansanias und ein peinlicher für *Biwater*. Diese Gesellschaft glaubte, Tansania schulde ihr 20 Mio. US\$, wenn doch klar war, dass ihre Tochterfirma aus Tansania vertrieben wurde, weil sie den Vertrag nicht erfüllt hatte."

"Die Zivilgesellschaft in Tansania war gegen die Privatisierung der Wasserversorgung. Aber unter dem Druck der *Weltbank* machte die Regierung weiter. Das Scheitern dieser Politik und die Folgen sollten *Weltbank*, Gebern und Regierungen zur Lehre gereichen: Privatisierung ist für Entwicklungsländer keine Lösung der Probleme", sagte ein Repräsentant der *Tanzania Association of NGOs*. (DN 11.1./27./28.7.08; Guardian 12.1./28.7.08; Arusha Times 2.8.08; World Development Movement 11.1.08)

Tansania und Kenia

Beitrag zur Konfliktlösung: Kenia dankte der tansanischen Regierung, vor allem Präsident Kikwete, für ihren Beitrag zur Lösung des Konflikts nach der Wahl im Dez. 07. Ohne direkte Intervention hätten die Spannungen zwischen Kibaki und Odinga noch länger gedauert, wurde versichert. (DN 4.7.08)

*

Export und Import: Der offizielle Export Tansanias nach Kenia nahm während der letzten sechs Jahre um 400 % zu, pro Jahr also um ca. 67%; der Exportwert liegt nun bei 130mrd/- TSh. Es ist bekannt, dass es viel informellen grenzüberschreitenden Handel gibt. Es handelt sich dabei vor allem um Vieh. Wohl möglich, dass der Hauptteil des Rindfleisches auf dem kenianischen Markt aus Tansania stammt. Das Handelsungleichgewicht zwischen Kenia und Tansania verringerte sich langsam. Doch weiterhin dominiert Kenia den Handel der fünf Länder der *East African*

Community (EAC). Tansania importiert aus Kenia jedes Jahr Waren im Wert von 446mrd/- TSh. (Guardian 28.7..08; Arusha Times 2.8.08)

Obwohl die Regierung, die seit einiger Zeit den Export von Mais in Nachbarländer genehmigt und Ende Juli bekannt gab, wegen der Verknappung in Kenia werde man 50.000 t Mais dorthin liefern, gilt in den Regionen Arusha, Kilimanjaro und Mara noch immer das von den regionalen Behörden erlassene Exportverbot für Reis und Mais nach Kenia. "Die Versorgungslage ist in der Arusha-Region im Augenblick nicht schlecht, aber wir rechnen mit einer Verknappung gegen Ende des Jahres", sagte der Regional-Commissioner.

Kürzlich beschlagnahmte die Polizei auf Schmuggelwegen der Kilimanjaro-Region 800 Säcke Erdnüsse und 4.414 Säcke Mais. Es heißt, trotz Grenzkontrolle an vier Übergängen überquerten jeden Tag mehr als 300 mit Mais beladene Lastwagen die kenianische Grenze.

Repräsentanten der *East Africa Farmers Federation* kritisierten das Exportverbot für Lebensmittel in Nachbarländer. Man solle die lokalen Produzenten von den hohen Preisen außerhalb des Landes profitieren lassen, raten sie. Kenia benötigt 180.000 t Mais. (Guardian 21.8.08; Arusha Times 2.8.08)

*

Behinderung des Imports nach Kenia: Die Regierung bemängelte, dass Kenia im Widerspruch zu regionalen Handelsabkommen Milchprodukte der *Musoma Dairy Ltd.* (MDL) nicht zollfrei ins Land läßt, sondern 60 % Zoll und bestimmte Tests verlangt. "Wir vereinbarten, wenn das *Tanzania Bureau of Standards* zufrieden ist, hinterfragt das kein EAC-Land", sagte der Minister für Ostafrikanische Kooperation. Die MDL klagt, statt der vereinbarten 30.000 l dürften nur 10.000 l geliefert werden. Sie erhielt kürzlich als Darlehen der Regierung 4,6 Mio. US\$ Fördermittel. (Citizen 3.8.08; Arusha Times 9.8.08)

*

Kenia warnt vor mutmaßlichem Terroristen: Kenianische Sicherheitsbeamte warnten die tansanischen Behörden vor einem der gesuchtesten Terroristen, Faul Abteil Mohammed, einem *Al-Qaida*-Verbindungsmann für Ostafrika. Er gilt als führender Mann der Bombenanschläge auf die Botschaft der USA in Nairobi und der in Dar-es-Salaam vom 7.8.1998 und als Stütze der Anschläge in Mombasa 2002. Faul entkam einem Netz der Polizei, die ihn in Mombasa verhaften wollte. Die Anti-Terrorpolizei stürmte sein Versteck und fand zwei Pässe mit seinem Foto aber zwei verschiedenen Namen. Bisweilen bleicht er seine Haut, sodass er als Afrikaner oder als Araber erscheint. Man fürchtet, Faul könne nach Tansania entwischt sein. Der Generalinspektor der tansanischen Polizei sagte, die Polizei sei auf der Hut; sie kooperiere mit den kenianischen Kollegen, um zu verhindern, dass er nach Tansania entwischt. (Guardian 7.8..08)

Äußerungen zur Einführung eines Kadi-Gerichts <Vergl. Tans.-Inf. 12/06 S. 12>

Mathias Chikawe, Minister für Justiz und Verfassungsfragen, berichtete dem Parlament, die von der Gesetzesreform-Kommission durchgeführte Sammlung von Äußerungen zur Frage, ob das Kadi-Gericht eingeführt werden solle oder nicht, sei abgeschlossen. Die Regierung prüfe den Untersuchungsbericht und die Empfehlungen.

Bei der emotionalen Diskussion des Parlaments über dieses Thema wurde eine tiefe Kluft zwischen den Abgeordneten deutlich. Die Muslime bestanden auf der Einführung des Kadi-Gerichts, denn es sei untrennbar vom muslimischen Glauben. Die Christen nannten jeglichen Versuch, besondere Gerichte einzuführen, verfassungswidrig, eine Bedrohung des Friedens.

Ein CCM-Abgeordneter mahnte zu Vorsicht und Geduld, denn dieses Thema berühre Muslime und Christen, weil für Einrichtung und Arbeit der Gerichte Steuergelder verwendet würden. Er betonte, es sei unnötig, die Regierung zur Legalisierung des Kadi-Gerichts zu zwingen, denn die Muslime könnten ein System entwickeln, Dinge, für die das Kadi-Gericht zuständig sei, selbst zu entscheiden.

Von der Aufforderung, Toleranz zu üben, wollte ein CCM-Abgeordneter absolut nichts hören, denn die Muslime hätten keine Geduld mehr. Seit den 1960er Jahren hätten sie auf das Kadi-Gericht gewartet.

Eine Abgeordnete der Opposition wies darauf hin, dass es in Kenia, Ruanda und Uganda seit Jahrzehnten Kadi-Gerichte gebe; sie hätten weder zu sozialen Unruhen noch zu religiös bedingter Gewalt geführt. "Die Verfassung Ugandas erkennt die Kadi-Gerichte an, aber sie wurden nie eingeführt." Außerdem sei im Wahlmanifest der CCM von 05 die Einführung des Kadi-Gerichts zugesagt worden.

Das Wahlmanifest sei ausgearbeitet worden, als Präsident, Parlamentspräsident, Premierminister und CCM-Generalsekretär zufällig alle Christen waren, erklärte ein anderer. Er betonte,

die Einrichtung des Kadi-Gerichts bedeute nicht, dass Tansania ein muslimischer Staat werde und eine muslimische Regierung habe.

Ein Abgeordneter forderte, Minister Chikawe solle genau erklären, warum das Kadi-Gericht 1963 abgeschafft wurde. Die Wellen schlugen hoch, als er behauptete, der *Muslim Council of Tanzania* (Bakwata) sei den Muslimen aufgezwungen worden. Außerdem habe man Sansibar untersagt, der *Organization of Islamic Countries* (OIC) beizutreten. "Alle haben die gleichen Rechte. Warum sollte der Beitritt zur OIC auf die Genehmigung der Kirche warten", fragte er wutentbrannt.

Probleme, um die sich das Kadi-Gericht kümmere, Ehestreitigkeiten, Erbschaft und Scheidung, könnten leicht von vorhandenen muslimischen Einrichtungen gelöst werden, dazu sei kein Gericht nötig, für das Steuergelder gebraucht werden, betonte eine Abgeordnete.

Ein anderer gab zu bedenken, die Einrichtung eines Kadi-Gerichts könne andere Religionsgemeinschaften ermuntern, zu fordern, dass Steuergeld für die Arbeit ihrer Gerichte verwendet wird, was verfassungswidrig wäre.

Diese Diskussion zeige, wie notwendig es sei, für das Land zu beten, auf dass der mit Blut und Schweiß aufrechterhaltene Friede andauere, betonte ein CCM-Abgeordneter. (Citizen 14./15.08)

Kommentar: Die hitzige Debatte sollte nicht unbedingt als Zeichen für eine tiefe Kluft zwischen christlichen und muslimischen Abgeordneten verstanden werden. Seit mehr als 40 Jahren blieb Tansania ein vereintes, friedliches Land, das zusammenhält, denn Differenzen in Fragen der Religion durften niemals zu Uneinigkeit und Feindschaft führen, weil die Verfassung sehr klar ist, was die Religionsfreiheit betrifft.

Tansanier anderer Glaubensrichtung unterstehen dem Kadi-Gericht nicht. Seine Entscheidungen heben die Verfassung, das oberste Gesetz, nicht auf.

In Kenia, Ruanda und Uganda gab es wegen der Kadi-Gerichte nie Probleme; außerdem sind in Kenia 70 % der Einwohner Christen.

Bis die Regierung die letzte Entscheidung trifft, sollte die Diskussion der Abgeordneten und der Öffentlichkeit insgesamt weitergehen. (Citizen 15.08)

Zum Mindestlohn staatlicher Angestellter, Verhandlungen, Streikdrohung, Streik am MNH

Regierung und Tucta einigen sich : Der *Trade Union Congress of Tanzania* (Tucta), Dachorganisation für etwa zwölf Gewerkschaftsverbände, schlug vor, den Mindestlohn der Angestellten des öffentlichen Dienstes von 80.000/- TSh auf 315.000/- TSh anzuheben. Weil die Mittel hierfür nicht ausreichen, habe man sich auf 100.000/- TSh, zahlbar ab Jan. 08, geeinigt, berichtete die Staatsministerin für öffentlichen Dienst. Ausgezahlt werde der höhere Lohn jedoch erst ab Juli 08. Weil die Regierung nicht genügend Geld habe, die bei nahezu 300.000 Angestellten seit Jan. 08 aufgelaufenen Außenstände zu begleichen, würden diese erst später ausbezahlt. Die Tucta hatte mit Streik gedroht, bald nach Bekanntgabe der Gehaltsanhebung aber eingelenkt. (Guardian 3.4.08; Citizen 10.6.08)

*

Verzögerung und Verärgerung: Ende Juli gab die Regierung bekannt, die Außenstände würden im kommenden Monat bezahlt. In einer Erklärung der Regierung heißt es, schuld an der Verzögerung sei, dass genau berechnet werden müsse, wie viel jedem einzelnen Angestellten zustehe. Einige seien befördert, andere entlassen oder anderswo eingestellt worden, hätten ihre Stelle verlassen oder seien verstorben. Außerdem wolle man keinesfalls 'Ghost-Worker' entlohnen. Man arbeite rund um die Uhr, um das einzuhalten, was man versprochen hatte.

Der Tucta droht erneut mit Streik. Er riet den Angestellten, ihr Juli-Gehalt nicht abzuholen, wenn es die Außenstände nicht enthalte. Der Tucta-Generalsekretär sagte, es sei nicht das erste Mal, dass die Regierung etwas verspreche und es nicht halten könne. Aus August könne September werden, oder es dauere weitere Monate. (Guardian 26./31.7.08)

*

TTU schließt sich Tucta an: Auch der Gewerkschaftsverband der Lehrkräfte, *Tanzania Teachers Union* (TTU), plant einen Streik. Er schloss sich der Tucta an. Beide gaben bekannt, eine Abstimmung über das Vorgehen sei in Gang. Der Tucta-Präsident betonte, die Verantwortungsträger der Gewerkschaftsverbände ließen sich nicht zu weiteren Verhandlungen mit der Regierung verlocken, bis die Zusagen bezüglich höherer Löhne und besserer Arbeitsbedingungen erfüllt seien. Am 25. August beginne ein dreitägiger landesweiter Streik; u. U. werde er verlängert. Man habe der Regierung ein Ultimatum von 14 Tagen gestellt. Es sei längst abgelaufen. "Die Regierung demütigt uns mit ihren Verzögerungstaktiken", sagte der Tucta-Präsident bei einer Pressekonferenz zusammen mit Vertretern der vier Gewerkschaftsverbände des öffentli-

chen Dienstes, *Tanzania Lokal Government Workers Union* (Talgwu), *Research and Academic Workers Union* (Raawu), *Tanzania Union of Government and Health Employees* (Tughe) und TTU. Zugegen waren auch Repräsentanten von Gewerkschaftsverbänden des privaten Sektors. Die Regierung antwortete mit einer Erklärung, noch diesen Monat werde man allen Forderungen nachkommen. Ein Verantwortungsträger ersuchte die Angestellten, nicht zu streiken, die geplante Aktion sei nicht begründet. Sie werde von "einigen Individuen" angeheizt. Die Regierung habe die benötigten Mittel bereitgestellt, man müsse nur noch die Namen der Berechtigten feststellen. (DN 14.8.08; Guardian 12.8.08; Citizen 22.8.08; ThisDay 11./13.8.08)

*

Drohungen: Wenig später betonte der Tucta erneut, der Streik werde beginnen. Man fühle sich übergangen, weil die Regierung kein Gespräch suche.

Diese erklärte, gegen Angestellte der Regierung, die sich am Streik beteiligten, werde man entschieden vorgehen. Man habe die Existenz von 5.000 'Ghost-Worker' festgestellt.

Der Tucta erwiderte, die Erklärungen der Regierung seien nichts als Drohung. "Wir fürchten uns nicht, denn wir fordern nur unser Recht. "Wir werden sehen, ob die Regierung alle Angestellten des öffentlichen Dienstes entlassen kann." (DN 16.8.08; Guardian 16.8.08)

Vorläufig kein Streik des Tucta: Präsident Kikwete sagte in seiner Monatsansprache, die Regierung gestehe den Arbeitern das Recht auf Streik zu. Aber er müsse zu rechtfertigen sein. Das sei in dieser Angelegenheit nicht der Fall, betonte er, denn die Regierung beschäftige sich bereits mit den Klagen des Tucta.

Der Tucta erklärte daraufhin, man werde nicht streiken. Erfülle die Regierung ihre Versprechen nicht, werde sie am 3. Sept. informiert, dass der landesweite Streik 14 Tage später beginne. (DN 23.8.08; Guardian 22./23.8.08)

*

Ultimatum des TTU: Am 12. August informierte der TTU die Regierung, sie werde nach Ablauf von 60 Tagen in den Streik treten. 71,8 % der 156.000 Lehrkräfte hätten sich bei der Abstimmung für einen Streik entschieden. Nichts werde den TTU vom Streik abhalten.

Der TTU-Generalsekretär erklärte, der TTU sei Teil der Tucta, aber Tucta und TTU seien zwei unterschiedliche Organe. Ihre Forderungen unterschieden sich, aber der TTU werde Mitglied des Tucta bleiben. (DN 21./23.8.08; Guardian 21./23./25.8.08; Citizen 20./21.8.08)

*

Ärztestreik: Die Medizinalassistenten des *Muhimbili National Hospital* (MNH) streikten vier Tage. Die Stellvertretende Gesundheitsministerin erreichte, dass der Streik vorübergehend beendet wurde. Sie gab zu, die Entlohnung der nahezu 100 Medizinalassistenten entspreche der Lohnliste der Regierung nicht. Folgt man der neuen Gehaltsskala, deckten die bereitgestellten Mittel nicht, was den Medizinalassistenten der Überweisungskrankenhäuser, Muhimbili, Mbeya, Bugando, Bombo und KCMC, zustehe, erklärte sie.

Die überarbeiteten Ärzte und das Pflegepersonal reagierten auf das Ende des Streiks mit Erleichterung.

Die Medizinalassistenten äußerten, man werde nur eine Woche arbeiten, falls das Gesundheitsministeriums nicht einhalte, was es versprochen habe, nämlich die Zuwendungen in voller Höhe auszuzahlen. (Citizen 22.8.08)

Stadtentwicklung, Stadtprobleme, Stadtleben

Bevölkerungswachstum: Die Stadtbevölkerung wächst im Augenblick pro Jahr um ca. 4,5 %. Man rechnet damit, dass 2025 die Hälfte der Tansanier in einer Stadt leben. (DN 4.7.08)

*

Satellitenstädte: Das Ministerium für Bodenrecht und Hausbau wies in Dar-es-Salaam fünf Gebiete aus, in denen Satellitenstädte entstehen sollen. Es wird in ihnen Einkaufszentren, Märkte, Banken, Hotels, Spielplätze, medizinische u. a. soziale Einrichtungen geben. Man will 38.655 Grundstücke sowohl an minderbemittelte als auch wohlhabende Bauwillige vergeben. Das Ziel dieses Plans ist vor allem, zu vermeiden, dass die Slums anwachsen. (Guardian 4.8.08)

*

Zum Bauwesen: Die Regierung wird dem *National Construction Council* (NCC) für die Lenkung der Bauindustrie mehr Macht zugestehen und für die Überwachung aller Vorhaben des Bausektors eine einzige kompetente Einrichtung schaffen. Damit will sie verhindern, dass weiterhin minderwertige Gebäude entstehen. 1987 stürzte ein vierstöckiges Gebäude ein, 2006 ein dreistöckiges und kürzlich ein 10-stöckiges, das noch im Bau war. Das kostete Menschenleben

und schadete dem Image der Bauindustrie. Außerdem kam es oft zu Hausbränden. (Guardian 4./7.8.08)

*

Luxusgebäude: Premierminister Pinda legte in Dar-es-Salaam den Grundstein eines 25-stöckigen Gebäudes. Es soll Luxusangebote der Unterhaltung, Einkaufszentren, Restaurants, Büros und Wohnungen enthalten. (Guardian 4.8.08)

*

Mitumba verdrängen Handwerk: Die Liberalisierung des Handels vertrieb fast alle Schuhmacher und Flickschuster aus Arusha, weil die Händler nun Schuhe importieren. Vor 10 Jahren traf man auf den Verandas alle zehn Meter einen Schuster, der aus im Land gekauftem Leder Schuhe herstellte; einige Paare pflegte man zur Besichtigung an die Wand zu hängen. "Die 'Mitumba' (Secondhand-Artikel) übernahmen den Schuhmarkt", erklärt ein ehemaliger Schuhmacher. Zusammen mit fünf Kollegen musste er das Gebiet am Stadion verlassen. "2001 kostete das teuerste Paar Schuhe 5.000/- TSh. Damals fing das Leiden unseres Handwerks an", sagt er. "Für die billigsten Mitumba-Schuhe zahlte man 10.000/- TSh, jetzt sind es bis zu 80.000/- TSh. Die Leute wollen modisches Zeug. Anscheinend sind Mitumba-Schuhe der letzte Schrei." Viele Schuster kehrten in ihre Heimat zurück, einige betätigen sich nun als Schuhputzer und gelegentlich als Flickschuster. (Arusha Times 5.7.08)

*

Straßenhändler: Abgeordnete warfen der Regierung vor, sie misshandle die Straßenhändler, 'Machinga' genannt, verbanne sie aus dem Stadtzentrum. An jeder Straßenecke werde ein Milizsoldat postiert, gnadenlos würden die Machinga-Stände abgerissen. Enttäuschend sei, dass Ausländer, die als Investoren kamen und nun Straßenhändler seien, von der Regierung geduldet werden. "Das Gebiet von Kariakoo ist jetzt voll von Machingas aus China und Korea, während unsere Jugendlichen vertrieben werden", klagt einer. Man müsste ein eigenes Ministerium für die Machingas haben.

Die Regierung will die Machinga registrieren und anerkennen. In Dar-es-Salaam begann sie, einen Komplex für Kleinhändler zu errichten. Man wünsche, dass sie ihr eigenes Geschäft betreiben und nicht von großen Geschäftsleuten verwendet werden. (Guardian 12./14.8.08)

*

Zu Gemüse aus Dar-es-Salaam: Ein Dozent der *Ardhi University* sagte, alle, die in Dar-es-Salaam gezogenes grünes Gemüse zu verzehren pflegen, drohten an Krebs oder ähnlich gefährlichen Leiden zu erkranken. Meistens würden für die Bewässerung Industrieabwässer verwendet, die Schwermetalle u. a. Schadstoffe enthielten. Sie überschritten die von der WHO festgelegten Obergrenzen, weil es an Kläranlagen und angemessener Entsorgung fehle. (Guardian 4.7.08)

*

Stadttourismus: Die Stadtverwaltung von Arusha startete ein neues Programm für Stadttourismus. Es soll 2.000 Jugendlichen Arbeit geben. Man erwartet, dass die Kriminalität um 70 % sinkt und sich die Umweltbedingungen um 50 % verbessern. Unter den von umweltbewußten Unternehmern geplanten Projekten sind botanische Gärten, ein Kulturzentrum, Stadtführungen, Stadtgärten und der *Kimandolu Eco-Tourism*. (Arusha Times 21.6.08)

*

Räumung eines Stadtgebietes: Im Mai informierte die Regierung ca. 5.000 Einwohner eines Stadtteils Dar-es-Salaams, sie müssten ihr Haus räumen, um Platz zu schaffen für eine Erweiterung des Hafens. Die Entschädigung betrage 2m/- bis 140m/- TSh, werde aber erst nach der Räumung ausbezahlt.

Mitte August riss die Stadtmiliz drei Häuser ein, ehe die Einwohner ihr Hab und Gut wegbringen konnten. Sie klagten, die Entschädigung sei nicht ausreichend. Einer berichtete, ein Geschäftsmann habe ihm 80m/- TSh geboten; von der Regierung bekomme er nur 8m/- TSh.

Einige, die ihr Haus räumen mussten, klagten, man habe sie gezwungen, einen Scheck zu unterschreiben, ohne dass sie sehen konnten, welcher Betrag eingetragen worden war. Das Ganze sei zweifelhaft und solle nur einigen Regierungsleuten nützen. Beamte hätten berichtet, jedem seien 120m/- TSh ausbezahlt worden. "Nicht einmal 30m/- TSh habe irgend jemand bekommen", berichtete einer. "Sie lügen", klagte eine Frau. "Ich erhielt nur 6m/- TSh." (DN 14.8.08; Guardian 15.8.08)

Zum Verkehr in Dar-es-Salaam

Kleinbusse: Ab 1.9.08 werden keine Kleinbusse mit weniger als 25 Sitzplätzen, sog. 'Vipanya' <kleine Ratten> für den innerstädtischen Verkehr mehr zugelassen. Weil die Zulassung nicht

automatisch geschieht, wird es dort ab Jan. keine 'Vipanya' mehr geben. Kleinbusse, die älter als fünf Jahr sind, dürfen nur noch außerhalb des *Central Business District* fahren. Die meisten Kleinbusunternehmer beantragten bereits eine Lizenz für andere Routen. An-dere Städte müssen selbst entscheiden, wie sie verfahren wollen. (Guardian 20./28.6.08; Observer 3.8.08)

*

Drei-Spuren-System: Im Mai 07 wurde für zwei Hauptverkehrsstraßen ein Drei-Spuren-System eingeführt: Morgens und nachmittags wechselnd (6.30-9.00 bzw. 15.00-18.00) gibt es drei Fahrspuren.<Vergl. Tans.-Inf. 7/07 S. 8> Ein Abgeordneter forderte im Interesse der Sicherheit eine Verbesserung dieses Systems, denn die meisten Einwohner wüssten nicht Bescheid. Deshalb komme es oft zu Unfällen. Der Innenminister antwortete, es handle sich bei diesem System nicht um eine Dauerlösung. (Guardian 25.6./2.7.08)

*

Alternative Angebote: Der Oberbefehlshaber der Verkehrspolizei forderte Investitionen für alternative Angebote zur Entlastung des Stadtverkehrs, inkl. Ringstraßen, Straßenreparatur, Einführung von Eisenbahn- und Schiffsverbindungen. (Guardian 3.7.08)

*

Stadtbusverkehr: Der Regional Commissioner wies die Polizei an, an Bushaltestellen darauf zu achten, dass die Busschaffner die Schüler und Schülerinnen nicht schikanieren. Er verlangt, dass sich alle, die mit dem Bus fahren wollen, in eine Warteschlange einreihen. "Wir schicken Leute nach Nairobi und Kigali, bald auch nach Südafrika, damit sie lernen, wie das Warteschlangen-System funktioniert. Es sei an der Zeit, dass Tansania sich von anderen abschaut, wie man den Stadtbusverkehr regeln kann. (Guardian 6.8.08)

*

Bustransport für Schulkinder: Einige Dar-es-Salaamer Schulkinder gingen auf die Straße, um gegen die Anhebung des Fahrpreises von 50/- TSh auf 100/- TSh zu protestieren. Nun sind sie bereit, mehr zu bezahlen vorausgesetzt, man gestehe ihnen einen Sitzplatz zu. Bisher mussten sie Erwachsenen ihren Platz abtreten Ein Polizeikommandant warnte die Betreiber der Stadtbusse davor, Schulkinder schlecht zu behandeln, weil sie nur 100/- TSh bezahlen. Auch ihnen stehe ein Sitzplatz zu, betonte er. Schulkinder hatten geklagt, sie müssten mehr als 100/- TSh bezahlen oder dürften sich nicht setzen.

Die Betreiber der 'Vipanya' fordern, die Schulkinder müssten eine Uniform tragen, damit man sie von Kindern unterscheiden könne, die sich als Schulkinder ausgeben, weil sie nur 100/- TSh bezahlen wollen.

Die *Tanzania Secondary School Association* (TASSA) bat die Regierung, für die Schulkinder ein System zu entwickeln, das ihnen den Schulweg erleichtert. Der TASSA-Generaldirektor sagte, dadurch würden sich die schulischen Leistungen der Schülerinnen verbessern, denn wenn sie auf dem Schulweg eine Mitfahrgelegenheit benötigten, würden häufig zu Geschlechtsverkehr gezwungen, seien von HIV/ AIDS bedroht. (DN 12.8.08; Guardian 6./12./19.8.08)

*

7-12-jährige Schulkinder zum Busfahren:

"Auf dem Schulweg haben wir immer Probleme. Wir streiten mit den Busfahrern oder den Schaffnern, weil sie uns nicht einsteigen lassen."

"Die Busfahrer und die Schaffner kennen die Rechte der Schulkinder nicht. Man müsste ihnen beibringen, die Schulkinder zu respektieren."

"Unehrlische Busfahrer müssten in der Öffentlichkeit Stockschläge bekommen, damit sie die Schulkinder nicht weiterhin demütigen. Immer läßt man sie lange an der Bushaltestelle warten."

"Busfahrer und Schaffner schreien die Leute ohne Grund an, vor allem die Schulkinder."

Ich frage mich immer, warum die Schaffner Schulkinder hassen. Meistens schubsen sie uns hinaus. Man sollte die Busfahrer einsperren und ihre Autos versteigern."

"Manche Fahrer sind nett. Sie haben besondere Sitze für die Schulkinder. Aber ich stehe, weil ich nur 50/- TSh bezahle."

"Die Busfahrer und Schaffner mögen die Schulkinder nicht, weil sie weniger bezahlen als Erwachsene. Man sollte die Busfahrer und Schaffner bestrafen."

"An jeder Bushaltestelle sollte ein Polizist stehen, der den Schulkindern beim Einsteigen hilft. Die Busse halten einfach nicht, wenn sie sehen, dass an der Haltestelle viele Kinder warten."

(Guardian 10.5.08)

Probleme vieler Kinder, Versuche, ihnen zu helfen

Vorzeitige Verehelichung: Mehrere Abgeordnete fordern eine Änderung der Gesetze, die den Frauen schaden, z. B. das Ehrechte von 1971, das die Verehelichung von 14-jährigen Mädchen

gestattet. Allgemein werden Maasai-Mädchen im Schulalter gezwungen, einen viel älteren Mann zu heiraten. Als Mindestalter solle man 18 Jahre festsetzen. (DN 6.8.08; Observer 10.8.08; Arusha Times 9.8.08)

*

Missbrauch von Kindern: Eine Abgeordnete berichtete, manche Eltern und Erziehungsberechtigte behandelten ihre Kinder grausam. "Es kommt vor, dass die Hände eines Kindes verbrannt sind. Manche Leute schlagen Kinder, als ob sie mit einem Tier kämpften." (DN 6.8.08)

Verantwortungsträger eines Dorfes der Lindi-Region baten die Regierung, in ihrem Gebiet eine Polizeistation einzurichten, damit der um sich greifende sexuelle Missbrauch und die Ausbeutung der Kinder eingedämmt würden. Viele flüchteten nach Dar-es-Salaam oder in andere Städte, wenn sie Kinder missbraucht oder anderes verbochen hätten. Häufig weigerten sich Eltern und Erziehungsberechtigte Übeltäter bloßzustellen, vor allem dann, wenn Entschädigung, Geld, Zucker oder Reis, angeboten wurde. Schon 1998 habe man Gebäude errichtet, die Polizei habe diese aber noch nicht bezogen. (DN 11.8.08)

*

Kinder und Rauchen: Bei einem Workshop für Anti-Tabakaktivisten, wies ein Verantwortungsträger der WHO auf den Einfluss hin, den rauchende Eltern darauf haben, ob ihre Kinder diese tödliche Gewohnheit annehmen oder nicht. Viele Kinder von Raucher-Eltern würden selbst Raucher, denn die Eltern forderten sie auf, ihnen eine Zigarette anzuzünden. Dabei nähmen sie ein oder zwei tiefe Züge. (Observer 17.8.08)

*

Kinder, die auf der Straße leben: Abgeordnete äußerten Besorgnis über die wachsende Zahl von 'Straßenkindern'. Schuld seien u. A. HIV/AIDS, Scheidungen und Armut sagte die Ministerin für Entwicklung der Gesellschaft, Frauen und Kinder. Die Regierung werde untersuchen, wie viele Kinder auf der Straße leben. (Citizen 6.8.08)

*

Menschenhandel: Der Exekutivdirektor der gemeinnützigen Organisation *African Network for the Prevention and Protection against Child Abuse and Neglect* (ANPPCAN) sagte, Schleuser brächten immer mehr Kinder in größere Städte und ins Ausland. Kleine Geschenke und Versprechungen verleiteten viele Eltern dazu, ihre Kinder gehen zu lassen, und Kinder verließen das Elternhaus, weil sie in der Stadt ein besseres Leben erwarteten. Das ANPPCAN lehrt Kindern ihre Rechte und Pflichten. Wer es benötigt, bekommt eine Schuluniform, Bücher und Kleidung. (Guardian 28.7.08)

*

Kinderarbeit: Langsam aber sicher wird der supermoderne *Tengeru Women Market* in Arusha zu einem Zentrum für Kinderarbeit. 600 Minderjährige zwischen fünf und 16 sind dort angestellt. Für 200/- bis 500/- TSh müssen sie schwere Lasten zum Bus, zum Auto oder zum Haus des Kunden tragen. Von unzufriedenen Kunden werden sie beschimpft und geschlagen. Den ganzen Tag bekommen sie nichts zu essen. Meistens komme er hundemüde spät nach Hause, berichtet ein 13-Jähriger. Armut, schlechte Fürsorge, kaum Chancen zwingen die Kinder zu dieser Sklavenarbeit. Die Kinder sind viel billiger als Erwachsene, die einen Handwagen haben; sie verlangen mindestens 1.500/- TSh. (Guardian 7.7.08; Arusha Times 19.7.08)

Eine Mitarbeiterin der *Kiota Women's Health and Development Organization* (Kiwohede) sagte, während der letzten neun Jahre seien 36.000 Mädchen, die meisten zwischen neun und 17 Jahren, aus häuslicher sexueller Gewalt und Frauenhandel befreit worden. Meistens seien es die Arbeitgeber, die sie missbrauchen, in der Regel verheiratete Männer. Eine 13-Jährige berichtete, als sie 13 Jahre alt war, habe ihr jemand versprochen, ihre weitere Schulbildung zu unterstützen. Doch dann sei sie von ihrem Arbeitgeber zu schwerer Arbeit und sexuellen Torturen gezwungen worden; man habe sie wie eine Sklavin gehalten.

Manche Mädchen rufen die Kiwohede an und sie reagiert sofort. Sie wird von der Gesellschaft und von der Polizei unterstützt. Die Kiwohede-Mitarbeiterin berichtet, 60 % der Mädchen würden von ihrer Familie oder nahen Bekannten oder Verwandten in die Stadt gebracht. Bei Kinderprostitution sei typisch, dass kaum jemand über ihre Verbreitung und Not sprechen wolle, weil sie ein Tabuthema sei. Ihre Ursache sei meistens die Armut der Eltern.

Die meisten prostituierten Kinder finde man in Touristengebieten. Die Besitzer der Gastehäuser, Hotels, Bars, Bordelle und Einrichtungen der Vergnügungsindustrie verwendeten die Mädchen, um Kunden anzulocken.

Meistens seien es die Mädchen selbst, die unter Geschwistern, Freundinnen oder Kindern der Nachbarschaft für Nachschub sorgen.

Ein Mädchen berichtete, ihre Arbeitgeberin sei eine Frau gewesen, aber deren Bruder, verheiratet, Vater von vier Kindern, habe sie ständig verfolgt. "Man gewöhnt sich endlich daran." Doch

schließlich sei sie davongelaufen, zur Kiwohede. Eine andere wurde, als sie elf war, von einer Nachbarin, nach Dar eingeladen, um dort die Schule zu besuchen. "Aber meine "Retterin" machte mich zum Dienstmädchen. Ihr Ehemann wollte mit mir schlafen. Dann hörte ich von einer Nichtregierungsorganisation, die unglücklichen Menschen wie mir hilft. Ich wandte mich an sie und wurde gerettet. Jetzt gehe ich in die 6. Klasse." (Guardian 6.7.08)

*

Kinder als Bettler: In einem Dorf der Morogoro-Region schicken 60 % der Eltern ihre Kinder zum Betteln auf die Straße. Sie verwenden sie als Einkommensquelle, um zu Geld für Nahrung u. a. zu kommen. (Guardian 3.7.08)

Aus Interviews mit Dar-es-Salaamer 9-15-jährigen Kindern:

"Wenn Kinder von ihren Eltern zum Betteln geschickt werden, sollten sie nichts heim bringen, damit man sie nicht wieder hinausschickt."

"Solche Kinder sollten der Polizei Meldung machen, damit sie sofort einschreitet."

"Solche Eltern sollten sofort vor Gericht gestellt werden."

"Die meisten Kinder, die zu Bettlern werden, stammen aus armen Familien, sie leben auf der Straße und denken nicht daran, in die Schule zu gehen."

"Es ist nicht schlimm, wenn arme Eltern ihre Kinder zum Betteln schicken, weil sie sonst nichts zu essen haben. Manche Kinder leben bei den Großeltern, weil die Eltern tot sind. Sie sind alt und können nicht mehr arbeiten. Betteln ist die einzige Lösung."

"Manche bettelnde Kinder sind sehr schmutzig. Die Polizei sollte mit ihnen zu ihren Eltern gehen, um zu sehen, ob sie wirklich Not leiden." (Guardian 08)

*

Soziale Dienste: Aktivisten, die sich in Arusha und Moshi um Straßenkinder kümmern, sorgten dafür, dass heimatlose Kinder eine Krankenkarte bekommen, damit sie in einer Reihe von Krankenhäusern kostenlos behandelt werden. Eine Mitarbeiterin des *Mkombozi Centre for Street Children* berichtete, ihre Organisation werde die Rechnungen begleichen. Im letzten Jahr wurden 584 Arztbesuche und 936 Erste-Hilfe-Behandlungen benötigt, 35 Jugendliche bekamen psychische, 35 gynäkologische Hilfe. Im letzten Finanzjahr versorgte das Zentrum 20.244 Kinder und Jugendliche mit einer Mahlzeit und bot 20.204 einen Schlafplatz an. 588 Kinder wandten sich an das Zentrum. 36 konnten zu ihrer Familie zurückgebracht werden. 29 Jungen und 22 Mädchen begannen ein Kleinunternehmen, Reparaturarbeiten, Computertechnologie, Sozialarbeit oder Kochen. 14 Jungen und 5 Mädchen erhielten ein Darlehen für einen Kleinbetrieb, 39 Jugendliche eine Unterstützung für Hausmiete, damit sie nicht mehr auf der Straße oder im Zentrum leben müssen. (Arusha Times 5.7.08)

Probleme, Unterstützung, Selbsthilfe, Bitten der Alten

Bei einem von *HelpAge International* organisierten Seminar für Sozial- und Planungsbeauftragte der Regionen Singida und Dodoma wurde berichtet, die Auswirkungen von Armut und schlechten sozialen Diensten trafen alte Menschen am härtesten, müssten sie sich doch nicht nur um sich selbst, sondern auch um verwaiste Enkel kümmern. Einer berichtete, in seinem Distrikt lebten 28.010 Menschen zwischen 60 und 98, die nicht genug zu essen und keinen Zugang zu medizinischer Versorgung haben. Sie hätten 89 Entwicklungsgruppen gebildet, um Molkerei-, Schweine- und Hühnerprojekte zu betreiben. Um den Großeltern die Last zu erleichtern habe die Distriktverwaltung für die Errichtung eines Heimes für benachteiligte Kinder 4,2m/- TSH vorgesehen. Man dürfe die Alten nicht vernachlässigen, betonte ein Teilnehmer, denn sie hätten das Fundament für Tansanias Gedeihen gelegt. (DN 21.1.08)

Bei einem Seminar für Alte und Witwen sagte der Vorsitzende der *Association for the Elderly in the Morogoro-Region* noch immer erlebten alte Menschen einen qualvollen Moment, wenn sie auf ihrem Anteil am Erbe bestehen, einige Verwandte sie aber ihrer Rechte berauben wollen. "Die meisten Tansanier zögern, ihren letzten Willen niederzuschreiben, aus Angst, das könne Unglück und vorzeitigen Tod herbeiführen", erklärte er. Die Seminarteilnehmer baten Regierung, Rechtsanwälte u. a., Wissen vermittelnden Seminare zu organisieren. (Guardian 17.3.08)

Von *HelpAge* unterstützt wurden in den Regionen Mwanza und Shinyanga im Rahmen des *Sukumanland Women's Rights Programme* 138 preisgünstige moderne Häuser errichtet. 112 alte Frauen, 26 alte Männer und 742 von ihnen Abhängige wohnen dort. Der *HelpAge*-Manager sagte, es sei gelungen, für die Versorgungssicherheit die 'Farm für das Dorf der alten Menschen', wie er es nenne, einzurichten. "*HelpAge* konnte helfen, dass die vom Glauben an Zauberei

verursachte Tötung älterer Frauen um 99 % zurückging“, berichtete er. “Streit um Landrechte, Erbe und Ehekonflikte gingen um mehr als 81 % zurück.” (DN 12.5.08)

Bei einem Seminar für ältere Menschen, bei dem es darum ging, über die Probleme der Alten zu informieren, wurde die Regierung ersucht, sich um alte Menschen zu kümmern, inkl. der Angestellten des öffentlichen Dienstes im Rentenalter, die sich nicht mehr am Produktionsprozess beteiligen können. Die meisten führten ein elendes Leben, weil sie von niemandem versorgt werden.

Die Alten berichteten, sie hätten Probleme, würden gedemütigt, denn meistens litten sie unter altersbedingten Krankheiten. Wollten sie in einem Gesundheitszentrum behandelt werden, hätten sie Probleme. “Die meisten medizinischen Mitarbeiter lassen uns links liegen, denn unsere Probleme seien altersbedingt. Wir stellen uns an und am Ende kümmert sich kein Mitarbeiter um uns“, klagte einer. Die Regierung solle den über 60-Jährigen eine Kennkarte ausstellen, damit sie in allen Krankenhäusern und Gesundheitszentren kostenlos behandelt werden. “Die Gesellschaft hat uns vergessen.” Er betonte, das Problem der Alten sei weltumspannend.

Es wird berichtet, aus Mangel an nahrhaftem Essen stürben die alten Menschen vorzeitig. (Guardian 26.7.08)

Zum Glauben an Zauberei

Begebenheiten: Bei einem zwölfjährigen Jungen fand man den Kopf eines dreijährigen Mädchens. Er habe ihn verzehren wollen, heißt es.

Ein 18-jähriges Mädchen wurde verhaftet, als es versuchte, einen Säugling aus einer Krankenstation zu stehlen. Seine Großmutter habe sie geschickt, um das Neugeborene und Blut seiner Mutter zwecks Zauberei zu holen, berichtete das Mädchen der Polizei. Sie habe bei der Erfüllung dieses ihres ersten Auftrags, magische Kräfte besessen. Wäre es ihr gelungen, hätte man sie in der Zauberer-Hierarchie ihrer Familien befördert, sagte das Mädchen. Die Polizei sucht weiterhin nach der Großmutter. Sie befragte den Vater des Mädchens; die Mutter ist tot. Aus Sicherheitsgründen behielt die Polizei das Mädchen. Wenn der Vater es erlaubt, soll es in einem Krankenhaus untersucht werden.

Eine Schulkameradin zweier Albino-Kinder berichtete, zwei Männer hätten ihr viel Geld versprochen, wenn sie ihnen helfe, die beiden zu bekommen. Ihre Eltern seien nicht zu Hause. Die Schülerin hatte im Radio über die Entführung von Albinos gehört und berichtete der Schulleitung von dem Vorfall. Ein Unbekannter hatte den Albino-Kindern in ihrer Wohnung eine Schachtel voll Kleidung angeboten. Als sie ablehnten, versprach er, bei seinem nächsten Besuch noch schönere Dinge zu bringen. Die beiden haben einen Schulweg von 8 km; er führt durch eine Zuckerrohrplantage. Die Schulleitung informierte die zuständigen Stellen. Sie kümmert sich nun um die Sicherheit der beiden Albinos. (DN 1./6.5.08; Guardian 27.4.08)

*

Kampf gegen von Aberglauben geleiteten Praktiken: Die Verwaltung eines Distrikts der Mwanza-Region brachte 30 Albino-Kinder ihrer Sicherheit wegen in einer Internatsschule unter. (Guardian 6.5.08)

Der Stellvertretende Innenminister sagte im Parlament, im Distrikt Mwanza-Stadt gebe es die gefährlichsten sich als traditionelle Heiler ausgebenden Quacksalber. 25 sog. traditionelle Heiler seien bisher festgenommen worden. Die Regierung plane, die traditionellen Heiler im ganzen Land zu registrieren, um alle Quacksalber erkennbar zu machen, die Geschäftsleute, Bergleute, Fischer u. a. reinlegen, sodass sie Albino töten. Bisher habe man 36 Personen verhört, weil sie vermutlich bei abergläubischer Tötung von Albinos beteiligt waren. Das Ministerium suche für dieses Übel eine dauerhafte Lösung. Traditionellen Heilern würden Techniken gelehrt, die sie befähigen, einen Beruf zu ergreifen. Man sei im Begriff, festzustellen, wo Albinos leben und wie viele es gibt. (DN 21.6.08; Guardian 24.6.08)

Einige Albinos aus dem Ausland wollen mit Präsident Kikwete sprechen, denn die Art in welcher staatliche Organe mit dem Problem der von Aberglauben motivierten Morde umgehen, sei entmutigend. Die Polizei verfare mit diesen Verbrechern nicht in der gleichen Weise wie mit Gangstern. Außerdem wollen sie darum bitten, dass der Staat bei der Beschaffung der von Albinos benötigten Medikamente helfe. Weil sich die Albino diese nicht leisten könnten, bestehe die Gefahr, dass sie Hautkrebs bekommen. Infolge von Stigmatisierung seien die meisten Albinos arbeitslos. (Guardian 7.5.08; Citizen 23.7.08)

Ein Abgeordneter, der erste Albino im Parlament, sagte, es sei an der Zeit, dass die Regierung eine Erklärung zur Tötung von Albinos veröffentlicht. "Wir wollen erleben, dass wenigstens einmal ein Verbrecher verhaftet wird. Das gäbe uns etwas Hoffnung und würde die Übeltäter abschrecken", betonte er. Eine Abgeordnete sagte, weltweit sei viel über die Tötung von Albinos berichtet worden. "Das ist sehr schlimm für unser Land. Schande über uns!" (DN 6.8.08; Citizen 6.8.08; Arusha Times 9.8.08)

In einer Erklärung des Ministeriums für Entwicklung der Gesellschaft, Frauen und Kinder wird ein gemeinsamer und unermüdlicher Kampf gegen Verbrecher, die Albinos töten, gefordert. Die anwachsende Welle der Morde sei "barbarisch", ein Verstoß gegen die Menschenrechte. (DN 23.7.08)

Der Innenminister sagte, man kooperiere mit führenden Leuten der Regierung und der Religionsgemeinschaften, um die Öffentlichkeit in Bezug auf diese "barbarische Handlungsweise" zu sensibilisieren. Im Kampf gegen diese Morde werde man keine Mühe scheuen. (DN 2.8.08)

Premierminister Pinda bat die Kirchen, die Regierung beim Kampf gegen die Tötung Behinderter, vor allem der Albinos, zu unterstützen. "Ich glaube, die Menschen, die so Grausames tun, sind unsere Glaubensgeschwister, wir sind in der Kirche mit ihnen zusammen, beten gemeinsam und unternehmen so manches miteinander. Deshalb bitte ich, dass wir sie anzeigen, damit man sie bestrafen kann." (Msema Kweli 15.6.08)

Alex Malasusa, Leitender Bischof der ELCT und Bischof der *ELCT-Ost und Küsten-Diözese*, forderte die Kirchenleute und alle Tansanier auf, vom Glauben an Hexerei abzulassen. Es sei erstaunlich und schockierend, dass sich Menschen, die wirklich an Gott glauben, von irreführenden Überzeugungen täuschen lassen. Sogar manche Gebildete glaubten an Zauberkräfte, um materiell oder spirituell zu profitieren, sagte er. (Guardian 9.7.08)

*

Zahlen: Die Zahl der tansanischen Albinos wird auf 8.000 geschätzt; andere meinen, es seien 173.000. Von März bis Juli 08 wurden einer Untersuchung des *BBC Swahili* zufolge 25 Albinos umgebracht, unter ihnen ein siebenmonatiges Baby. Manche gehen von 60 Morden aus. 34 Verdächtige wurden verhaftet. Sobald die Polizei die Untersuchungen abgeschlossen hat, werden sie vor Gericht gestellt.

173 Zauberer wurden verhaftet, aber sie können weiterhin aktiv sein, weil bisher gegen keinen gerichtlich ermittelt wurde. (DN 2.8.08; Observer 24.8.08; Citizen 6.8.08; Arusha Times 26.7.08)

*

Albino-Tag der Tanzania Albino Society (TAS). Die TAS, vor 28 Jahren gegründet, hielt ihren *Albino-Tag* unter dem Thema 'Stoppt den Aberglauben, schützt die Albino'. Unter den Teilnehmenden waren auch Vertreter sechs afrikanischer Länder. Vizepräsident Shein sagte bei der Eröffnung der Tagung, gemeinsam müsse man gegen die "schändliche Tötung" von Albinos vorgehen. Die Regierung werde weiterhin mit der TAS zusammenarbeiten. Er forderte, alle Verwaltungsstellen sollten Albinos bei sämtlichen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Aufgaben beteiligen. Der TAS-Generalsekretär bat die Regierung, gegen die Tötung von Albinos genauso vorzugehen wie gegen HIV/AIDS. Sie sei eine nationale Tragödie. Akademiker, Geistliche und alle einflussreichen Leute sollten der Öffentlichkeit bewusst machen, wie schlimm die Tötung von Albinos ist. Ausgebildete Albinos würden trotz ihrer Qualifikationen geächtet. Ein Gast aus Kenia schlug vor, die Albinos sollten ein panafrikanisches Netzwerk schaffen. Die UNO werde sie unterstützen, sagte er. (DN 4.5.08; Guardian 5./6./7.5.08)

*

Kommentare: Manche Zauberer müssten lebenslang hinter Gitter, weil sie Außenseiter, die ihnen ähnlich sind, anweisen, menschliche Körperteile zu suchen, aus denen man Zaubertänke brauen könne, die schnell zu Reichtum verhelfen würden. Man verwendet Haare, Knochen und Blut von Ermordeten oder ausgegrabenen Leichen. Der Glaube, durch Zauberei könne man reich werden, ist einfach lächerlich. Trotzdem geschieht so etwas in diesem unseren Land. Es vergeht kaum ein Tag, an dem man nicht hört, jemand sei verschwunden; nach einigen Tagen habe man die Person gefunden; an der Leiche hätten einige Teile gefehlt. Es kam auch vor, dass Menschen wegen des Glaubens an Zauberei die Haut abgezogen wurde. Das Morden geht weiter; so ist das Gefühl der Unsicherheit weit verbreitet. (DN 6.5.08; Arusha Times 26.7.08)

Tansania könnte für Albinos das gefährlichste Land werden. Unternimmt man nichts, fragt jeder, wer ist als nächster dran, vielleicht die Glatzköpfe oder die Kleinwüchsigen? Unser Land führt an vielen Fronten Krieg, gegen Korruption, Unwissenheit, Armut und nun gegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, nämlich die von Hexen angeordnete Ermordung von Albinos. (ThisDay 30.7.08)

Zu Problemen und zum Leben der Hadzabe, eines Volkes der Jäger und Sammler

Yaeda-Tal als Jagdgebiet geplant: Eine Jagdfirma der Arabischen Emirate war entschlossen, das Yaeda-Tal (Mbulu-Distrikt; Manyara-Region) in ein kommerzielles und touristisches Jagdgebiet zu verwandeln. <Vergl. Tans.-Inf. 8/07> Anfang 08 gab die Firma den Plan auf. "Sie nahmen sogar ihre Zelte und alle Utensilien mit. Yaeda ist endlich wieder ein friedliches Gebiet und die Einwohner sind glücklich", berichtete ein aufgeschlossener Hadzabe, der dort wohnt und forscht. Während der letzten beiden Jahre hatte es viel Streit gegeben um das Projekt der arabischen Investoren. Einige Regierungsleute des Mbulu-Distrikts unterstützten es. Sie sollen gedroht haben, wenn die Hadzabe die Investoren nicht akzeptierten, werden sie vertrieben. Die Firma habe eine Reihe von Entwicklungsprojekten in dem Gebiet versprochen.

Die arabischen Jäger sind weg. Aber nun droht den Hadzabe der Hunger. Weil die wirtschaftliche Nutzung des Gebietes zunimmt, Hirten und Landwirte von weither einwandern, Herden weiden und Brandrodung betreiben, verschwand ein großer Teil des Wildes, der Hauptnahrungsquelle der Hadzabe. Haustiere seien mit Chemikalien 'gespickt' und könnten ihnen schaden, meinen sie. Am beliebtesten sind Affen.

Die Zahl der Hadzabe schwindet. Vor 30 Jahren gab es etwa 5.000 Hadzabe, im Augenblick sind es nur ca. 2.000. Andere rechnen weiterhin mit 5.000. Das Yaeda-Tal war seit Urzeiten die Heimat der Hadzabe, des einzigen Buschmannvolkes Ostafrikas. (Arusha Times 31.5./16.8.08)

*

Bergbau bedroht Yaeda-Tal: Wenige Wochen nachdem sich die Jagdfirma zurückzog, taucht ein neues Ungetüm auf und droht, noch größere Verwüstung anzurichten. Ganze Horden von Leuten, die Bergbau betreiben wollen, tauchen auf, denn man vermutet dort Vorkommen verschiedener Edelsteine. Geologen wurden geschickt, um sie zu untersuchen. Einige Leute sprechen von rotem, manche von grünem Granat, andere sind überzeugt, es gebe dort Gold. Das Gebiet ist voll von allen möglichen Fahrzeugen mit den merkwürdigsten Geräten und Bohrmaschinen. Eine Gruppe errichtete sogar ein Lager. Die meisten melden sich nirgendwo an, sie bohren und graben, schaufeln Erde ein, nehmen sie mit und kommen nach einigen Tagen wieder.

Die Regierungsleute des Mbulu-Distrikts wissen nicht, was dort geschieht.

Die Hadzabe sind entsetzt, haben das Gefühl, wenn man im Yaeda-Tal Bergbau betreibt, würden sie total zerrieben oder gezwungen, wegzuziehen. "Hätten wir die Wahl, wären uns die arabischen Jäger lieber als Bergbaugesellschaften", sagte ein Hadzabe. (Arusha Times 12.7.08)

*

Forum zum Schutz der Hadzabe: Der *Christian Council of Tanzania* (CCT) plant, ein Nationalforum zu organisieren, damit etwas unternommen werde gegen die wachsende Not der marginalisierten Gruppen, vor allem der Hadzabe. Pfarrer John Magafu, ein Mitarbeiter des CCT, sagte, es sei höchste Zeit, etwas zu unternehmen, denn Rechte und Würde der Hadzabe und Barabaig würden von der sog. menschlichen Zivilisation zerstört. Es solle 67 Nichtregierungsorganisationen geben, die behaupteten, sie kümmerten sich um das Volk der Hadzabe, aber keine habe dort im Busch ein Büro, in Mbulu, Haydom und Iramba, den Distrikten, die an das Yaeda-Tal grenzen, seien sie nirgendwo zu sehen. Nun wolle der CCT alle noch existierenden Organisationen zusammenbringen, um herauszufinden, wie man die Probleme dieser marginalisierten Gruppen angehen könne. "Jahrzehnte lang machten Medien und Aktivisten viel Lärm um die Hadzabe, aber nach 50 Jahren kämpfen sie noch immer mit den selben Problemen und ihre Zahl schwindet", berichtete Magafu.

Bei seinem Besuch im Yaeda-Tal ließen einige Hadzabe ihrer Frustration vor dem Pfarrer freien Lauf. "Wir haben genug. Die Leute kommen, machen Fotos und lassen uns ärmer als vorher zurück", klagte ein Hadzabe. (Arusha Times 12.7.08)

*

Hunger bedroht Hadzabe: Für die hungernden Hadzabe benötigt der Mbulu-Distrikt 200 t Mais für. Er wandte sich an die staatliche Notstandsabteilung und an nichtstaatliche Organisationen. Man tue alles, um die Hadzabe zur Veränderung ihres Lebensstils zu bewegen, damit man Notsituationen wie Hunger bekämpfen könne, bisher mit wenig Erfolg, berichtete der Distrikt-Commissioner. "Wir gaben ihnen Saatgut, aber sie verzehrten es. Aus den Hacken machten sie traditionelle Waffen." (Arusha Times 2.8.08)

*

Wundermittel der Hadzabe: Es wird berichtet, die Hadzabe besäßen ein Wundermittel, das sie unsichtbar machen kann. Es hat eine lange Tradition und wurde nun neu belebt, weil das Volk vom Eindringen der modernen Welt bedroht ist. Die Mixtur ist ein Geheimnis und kann nur unter strenger Überwachung durch Älteste verabreicht werden, jedoch nur dann, wenn alle Glieder des Klans zustimmen. Das Mittel wird selten angewandt, sagte ein Mann.

Ein Hadzabe-Evangelist berichtete, die Hadzabe hätten einen großen Vorrat von traditionellen Heilmitteln. Sie könnten fast alle Leiden heilen, Bluthochdruck, Diabetes, Krebs, Tumore, Magenbeschwerden, ja sogar Schwangerschaftsprobleme, Malaria aber überraschenderweise nicht. (Arusha Times 16.8.08)